

# KOMPETENZ

DAS MAGAZIN FÜR DEN ORGANISIERTEN ERFOLG

6/Oktober 2012

**Interview mit  
Evelyn Regner  
Seite 12**

**Kollektivvertrag  
Metallindustrie  
Seite 16**

[www.gpa-djp.at](http://www.gpa-djp.at)



## Mehr Demokratie für Europa

**Wie die Finanzkrise die demokratischen Werte  
Europas bedroht ab Seite 4**

# Inhalt

## Thema

- 04 Mehr Demokratie für Europa
- 10 Gewerkschaftsrechte in Europa
- 12 Interview mit Evelyn Regner
- 14 Kommentar

## Aktuell

- 15 Kurzmeldungen
- 16 Kollektivvertrag Metall
- 18 Aktionswoche: Geld ist genug da!
- 20 Frauenförderung am Flughafen Wien

## Arbeitswelt

- 21 Kurzmeldungen
- 22 Reparatur- und Servicezentrum R.U.S.Z.
- 24 Neue Betriebsvereinbarung bei Spar

## Service

- 25 Kurzmeldungen
- 26 WBV-GPA (Advertorial)
- 28 CARD-Angebote
- 30 Gewinnspiele und Ermäßigungen
- 31 Bücher

4



© Wolfgang Jargstorff – fotolia.com

### Demokratie für Europa

12



© Astrid Knie

### Interview mit Evelyn Regner

16



© LE image – Fotolia.com

### Kollektivvertrag Metallindustrie

#### IMPRESSUM

Leserbriefe an kompetenz@gpa-djp.at

Herausgeber: ÖGB, GPA-djp, 1034 Wien, Alfred-Dallinger-Platz 1, Tel. 05 03 01-301, service@gpa-djp.at

Verlag und Medieninhaber: Verlag des Österreichischen Gewerkschaftsbundes GmbH, 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1, Tel. 01/662 32 96

Chefredakteurin: Dr. Dwora Stein

Stv. Chefredakteur: Mag. Martin Panholzer, martin.panholzer@gpa-djp.at, Chefin vom Dienst: Dr. Barbara Lavaud, barbara.lavaud@gpa-djp.at

Redaktion und Anzeigen: Renate Zaunscherb, renaate.zaunscherb@gpa-djp.at

Layout: Peter-Paul Waltenberger

Druck: Leykam Druck GmbH & Co KG, 7201 Neudörfel, Bickfordstr. 21

Verlagsort: Wien Herstellungsort: Neudörfel

Coverfoto: Fotolia.com/Collage

DVR-Nr. 0046655 ZVR-Nr. 576439352

Die Redaktion behält sich alle Rechte der Vervielfältigung und des Vertriebs der zum Abdruck gelangten Beiträge sowie ihre Verwendung für andere Ausgaben vor. Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen die Meinung der AutorInnen dar und müssen sich nicht mit der Meinung der Redaktion decken. Die Redaktion haftet nicht für unverlangt eingeschickte Artikel und Fotos.



## Wachsamkeit gefordert

Die europäische Finanz- und Wirtschaftskrise, unter der vor allem junge Menschen, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und alle, die auf einen funktionierenden Sozialstaat angewiesen sind, leiden, hat auch schwerwiegende politische Auswirkungen.

Radikalisierung und die Wiederbelebung längst überwunden geglaubter Nationalismen sind die politischen Folgen dieser Krise. Die KOMPETENZ beschäftigt sich mit der Frage, ob die Art und Weise, wie PolitikerInnen auf die Krise reagieren, die Demokratie in Europa bedroht. Der Brüssel-Korrespondent des ORF, Raimund Loew, setzt sich aus der Sicht eines Mannes, der sehr nahe am Machtzentrum der Europäischen Union arbeitet, mit diesem Thema auseinander. Weitere Beiträge dazu liefern die Europa-Abgeordnete Evelyn Regner, der Leiter der internationalen Abteilung der GPA-djp Wolfgang Greif und GPA-djp-Vorsitzender Wolfgang Katzian. Auch wenn es zum Teil unterschiedliche Befunde gibt, gilt: Wenn man am Erhalt und der demokratischen Weiterentwicklung Europas interessiert ist, dann dürfen die materiellen und demokratischen Rechte der arbeitenden Menschen nicht eingeschränkt werden. Darüber hinaus müssen die Finanzmärkte, die die "Schwerfälligkeit" demokratischer Prozesse kritisieren und sie gleichzeitig für

ihre Zwecke nutzen, dauerhaft und effektiv reguliert werden. Es geht nicht darum, dass sich die Politik der Logik der Finanzmärkte unterwirft, sondern darum, dass die Macht der Finanzmärkte über politische Entscheidungen gebrochen wird.

Besondere Wachsamkeit erfordert auch die Tatsache, dass in Krisenzeiten gerade die ArbeitnehmerInnenrechte als Erstes zur Disposition gestellt werden. Es kann nicht oft genug gesagt werden: Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer haben die Krise nicht verursacht, sie dürfen daher nicht noch mehr belastet werden. Geld ist genug da – es ist nur falsch verteilt! Dieser Satz, der auch das Motto für unsere erste internationale Aktionswoche im November sein wird, macht deutlich, wie wir uns die Bewältigung der Krise vorstellen – ohne schädliche Wirkungen und Nebenwirkungen.

Dwora Stein  
Chefredakteurin

# Mehr Demokratie für Europa

Im Kielwasser der Krise bekommen nationalistische Strömungen in Europa Auftrieb. Aus der stark emotional geführten Debatte machen PopulistInnen ihr politisches Kleingeld. Die Schwachstellen der Konstruktion der europäischen Union werden deutlich. Doch ein Kurswechsel hin zu einer stärkeren gesamteuropäischen Demokratie wäre möglich.

Von Raimund Löw



**D**as Ja der deutschen Bundesverfassungsrichter in Karlsruhe zum permanenten Euro-Schutzschirm ESM Mitte September hat den Verantwortlichen in Europas Hauptstädten und sogar im fernen Washington DC einen großen Stein vom Herzen fallen lassen. Der Weg ist frei zu einem dauerhaften Finanzinstrument, mit dem die EuropäerInnen der weltweiten Spekulation gegen ihre Währung entgegentreten können, so sehen es die OptimistInnen. Sogar Barack Obama kann hoffen, dass vor den amerikanischen Präsidentschaftswahlen Anfang November aus Europa keine Katastrophenmeldungen mehr kommen werden.

Erstmals seit Langem sehen die EuropäerInnen die Chance zu einer Konsolidierung, die nicht durch den nächsten Sturm auf den Finanzmärkten hinweggeblasen wird. Politisch fassen die proeuropäischen Parteien der Mitte, die von rechten und linken PopulistInnen so häufig vor sich her getrieben werden, nach den Parlamentswahlen in den Niederlanden Hoffnung. Der Rechtspopulist Geert Wilders, ein Shootingstar für Europas Rechte, ist mit sei-

ner Forderung nach einer Wiedereinführung des Gulden krachend gescheitert. Die Niederlande gelten als Barometer. Zwar sind die BürgerInnen enttäuscht, weil die EU sie vor den negativen Folgen der Globalisierung zu wenig schützen konnte. Aber das Risiko eines Zerfalls, mit neuen Grenzen und der Rückkehr alter Feindschaften, wollen die wenigsten eingehen.

### Gesamteuropäische Demokratie

Dass die Zukunft von 500 Millionen EU-BürgerInnen von der Fortüne eines einzigen Regierungschefs abhängt, wie in dem Fall des Niederländers Marc Rutte, ist eigentlich absurd. Schließlich gibt es auch Gegenbeispiele, bei denen innenpolitische Skandale Europa an den Rand des Kollaps trieben. Der Höhenflug der rechten ‚Wahren Finnen‘ brachte die Griechenlandhilfe mehrmals an den Rand des Scheiterns, weil Helsinki als Reaktion immer härtere Bedingungen stellte. Eine slowakische Nationalistenpartei, die inzwischen keine Rolle mehr spielt, gefährdete den Euro-Schutzschirm ESFS. Und warum eigentlich acht ausschließlich auf das Grund-

gesetz eines einzigen Landes, der Bundesrepublik Deutschland, angebotene Verfassungsrichter in Karlsruhe das Überleben des Euro in der Hand haben sollen, ist auch nicht wirklich einsichtig.

Dank des EU-Reformvertrages sollte Europa seit 2009 eigentlich effizienter und demokratischer funktionieren. Tatsächlich werden die meisten Beschlüsse vom Europaparlament und den Mitgliedsstaaten gemeinsam gefällt. Aber die internationale Finanzkrise hat das Gewicht der Nationalstaaten schlagartig erhöht. Um die Rettung des Euro rangen in nächtlichen Krisengipfeln Staats- und Regierungschefs. Die Europaabgeordneten blieben im Hintergrund.

### Ringens um den Euro

Der Grund ist einfach: Entgegen einer häufig geäußerten Meinung ist das EU-Budget, das vom Europaparlament kontrolliert wird, im Verhältnis zur Wirtschaft des Euroraums winzig. Mit einem Prozent des Bruttonationalprodukts, das Brüssel verteilt, kann der Euro nicht verteidigt werden. Die Budgetmittel der Nationalstaaten sind um vieles größer. Sie machen etwa ein Fünftel der Wirtschaftsleistung aus. Die finanziellen Mittel, um der internationalen Spekulation gegen die Gemeinschaftswährung zu begegnen, müssen daher von den Nationen kommen.

Das Europäische Parlament ist der große politische Verlierer im Ringens um den Euro. Angela Merkel, die Regierungschefin der wichtigsten Wirtschaftsmacht, wurde zur Schlüsselfigur der Eurorettung. Die deutsche Kanzlerin ist genauso wie

*Erstmals seit Langem sehen die EuropäerInnen die Chance zu einer Konsolidierung, die nicht durch den nächsten Sturm auf den Finanzmärkten hinweggeblasen wird.*





*Mit der ausschließlichen Kontrolle der nationalen Parlamente über europäische Gelder wird nationaler Zwist geschürt.*

der österreichische Bundeskanzler von der Zustimmung der nationalen Abgeordneten abhängig, nicht von den Meinungsäußerungen des Europaparlaments.

Die Parlamente in Berlin und Wien, Helsinki und Den Haag haben sich bei den Verhandlungen um den Euro-Schutzschirm so starke Mitspracherechte ausbedungen, dass sich manche Finanzexperten die Haare raufen. Während im High Frequency Trading der SpekulantInnen innerhalb von Sekundenbruchteilen Milliardenbeträge quer über den Erdball gejagt werden, müssen in Europa erst parlamentarische Kommissionen und Ausschüsse zusammentreten, bevor reagiert werden kann. Eine Fessel der nationalen Gesetzgeber für den eigenen, den europäischen Stabilisierungsmechanismus, die bei den ebenfalls beträchtlichen Ausgaben für den viel weiter entfernten Internationalen Währungsfonds nicht einmal angedacht wird.

### Nationale Konflikte

Noch schwerwiegender ist die Gefahr, dass mit der ausschließlichen Kontrolle der nationalen Parlamente über europäische Gelder nationaler Zwist geschürt wird.

**Die Eurokrise hat das Fehlen einer gesamteuropäischen Demokratie aufgezeigt.**

Es klingt zwar sehr demokratisch, wenn jeder Euro, den Europa ausgibt, in den Nationalstaaten dreimal umgedreht wird. Aber die reichen Nordstaaten bestimmen mit ihren Beschlüssen über Finanzhilfen und Sparvorgaben nicht nur über die eigenen Finanzen, sondern auch über die Volkswirtschaften in den schwächeren Südstaaten. Eine gefährliche Konstellation für eine Vielvölkergemeinschaft, die durch gegenseitigen Respekt die Feindbilder vergangener Jahrhunderte zum Verschwinden bringen wollte.

Aus gutem Grund entscheidet in einem Bundesstaat wie Österreich nicht der Wiener Gemeinderat über Haftungen, von denen Kärnten oder andere Bundesländer profitieren. Glücklicherweise muss nicht Norditalien jede Rate im Finanzausgleich mit dem Mezzogiorno genehmigen. Auch die Milliardenzahlungen Westdeutschlands in die Gebiete der ehemaligen DDR werden nur selten zum Thema. Kein Gemeinwesen könnte auf die Dauer nach dem Prinzip funktionieren, dass über jeden Transfer einzeln abgestimmt werden muss.

**Raimund Löw** ist Historiker, Journalist und Publizist. Er ist unter anderem als Auslandskorrespondent des ORF sowie als Kommentator des Falter tätig.

Die Parlamente in Berlin und Wien, Helsinki und Den Haag haben die strengen Bedingungen für die Hilfsmilliarden an Griechenland, Portugal und Irland diskutiert und beschlossen. Der Deutsche Bundestag pochte dabei regelmäßig auf zusätzliche Verschärfungen. Nicht ganz unverständlich, dass Griechen oder Portugiesen, die ihre Jobs verlieren oder weniger Pensionen erhalten, Deutschland und nicht den anonymen Finanzmärkten die Schuld geben. So oft wurde im Deutschen Bundestag oder im Hohen Haus in Wien über Griechenland diskutiert. Ist es nicht grotesk, dass kein einziges Mal ein Grieche dabei war? In Athen schleuderten die Abgeordneten zur gleichen Zeit die wildesten Anschuldigungen gegen Deutschland in den Raum, das angeblich die Hauptschuld trägt an den verheerenden Kürzungen. Selbstverständlich ohne dass je ein deutscher Vertreter mitdiskutiert hätte. Als einziger hochrangiger deutscher Politiker hat sich der Präsident des Europäischen Parlaments Martin Schulz vor wenigen Monaten in die Höhle des Löwen am Athener Syntagma-Platz gewagt.

Die starken Emotionen gegen „die Griechen“ sind das alarmierendste Zeichen der Renationalisierung in Teilen der europäischen Öffentlichkeit. Klar, verschiedene griechische Regierungen haben in unverantwortlicher Weise Statistiken frisiert und Schulden angehäuft. Aber die griechische Bevölkerung leidet seit Jahren massiv an den Folgen der Sackgasse, in die die Eliten das Land manövriert haben. Ein Ausscheiden aus dem Euro würde die Situation nach Überzeugung der meisten Ökonomen dramatisch weiter verschlechtern. Trotzdem ist es populär, im Rauswurf Griechenlands aus dem Euro ein Heilmittel gegen die Krise zu sehen. Dabei

**Die Emotionen gegen „die Griechen“ sind Zeichen der Renationalisierung der Öffentlichkeit.**

### Hybride Konstruktion

Die Europäische Union ist von ihrer Konstruktion her ein Hybrid, eine Mischform zwischen Bundesstaat und Staatenbund. Die nationalstaatliche Souveränität, die bei einem Staatenbund in den nationalen Hauptstädten bleibt, ist in der Europäischen Union durch die gemeinsam wahrgenommenen Kompetenzen eingeschränkt. Gleichzeitig ist man von einem Europäischen Bundesstaat weit entfernt. Die Finanzkrise hat die

Schwächen dieser Hybridkonstruktion EU aufgezeigt. Die EuropäerInnen müssen entscheiden, ob sie den Zerfall riskieren wollen, bei dem jeweils die schwächsten Glieder von der internationalen Spekulation herausgebrochen werden. Oder ob eine Entwicklung in Richtung Vereinigte Staaten von Europa eingeleitet wird, auch wenn diese ein deutlich anderes Gesicht hätten als die USA.

### Euro-Finanzminister

Als nächsten Schritt der europäischen Union haben die Staats- und Regierungschefs bei ihrem Junigipfel Ratspräsident Herman van Rompuy beauftragt, einen Fahrplan zum engeren wirtschaftlichen und politischen Zusammenschluss der EU vorzulegen. Ein Euro-Finanzminister steht im Raum. Er oder sie könnte auf die Budgets der nationalen Parlamente Einfluss nehmen und bei finanziellen Ungleichgewichten mithilfe der milliardenschweren Euroschutzschirme ausgleichend eingreifen. Wenn Wirtschaftskrise und Sparpolitik den Wohlfahrtsstaat aus-



*Die griechische Bevölkerung leidet seit Jahren massiv an den Folgen der Sackgasse, in die die Eliten das Land manövriert haben.*

© Alkis Konstantinidis, EPA, picturedesk.com

hohlen, wäre es dann nicht logisch, auch an ein europaweites System der Mindestsicherung zu denken, das eingreift, wenn die Nationalstaaten ausgeblutet sind? Schließlich haben sich auch die urkapitalistischen USA in der großen Depression der Dreißigerjahre an den Aufbau ihres kontinentalen Systems der Social Security gemacht.

Die genaue Jobbeschreibung eines Euro-Finanzministers ist Zukunftsmusik. Sie müsste in einem Konvent beraten werden, bei dem Parteien, gesellschaftliche Organisationen und Staaten prüfen, welche neuen Regeln erwünscht sind. Danach Parlamentsbeschlüsse in 27 und demnächst 28 Mitgliedsstaaten. Und natürlich Volksabstimmungen in mehreren Mitgliedsstaaten, diesmal wahrscheinlich auch in Deutschland. Auf eines kann man sich verlassen: Ein solcher Anlauf wird Jahre dauern.

Aber die Grundideen werden jetzt schon diskutiert. Ein eigener Euro-Ausschuss des Europaparlaments könnte zum Beispiel die Kontrolle über die großen Finanzmittel übernehmen, die zur Stabilisierung des Euro und zur Stärkung des Finanzsystems erforderlich sind. In manchen nationalen Parlamenten wird erwogen eigene Euro-Beauftragte zu wählen, die in den europäischen Entscheidungsprozess eingebunden sind.

## Wahl des Kommissionspräsidenten

Kommissionspräsident José Manuel Barroso hat in seiner letzten Rede zur Lage der Union einen Vorschlag gemacht, der viel rascher umzusetzen ist: Die großen Parteienfamilien Europas könnten ganz ohne Vertragsveränderung schon bei den nächsten Europawahlen im Sommer 2014 mit einem Bewerber für die Position des EU-Kom-

missionspräsidenten als europaweitem Spitzenkandidaten in den Wahlkampf gehen. Der Spitzenkandidat der Wahlsieger würde der Quasi-Regierungschef der EU. Die Österreicherinnen und Österreicher würden dann nicht nur die Europaabgeordneten von ÖVP, SPÖ, Grünen oder Freiheitlichen wählen, sie würden mit ihrer Stimme auch eine Person als Kommissionspräsident nach Brüssel schicken. Es wäre eine kleine Revolution für die EU.

Das kleine Luxemburg praktiziert dieses Modell bereits seit Jahren bei der Direktwahl des EU-Kommissars. Justizkommissarin Viviane Reding, eines der wortgewaltigsten Mitglieder der Kommission, verdankt ihren

Polens Ministerpräsident Donald Tusk wäre als erster Kommissionspräsident aus einem neuen Mitgliedsstaat eine attraktive Option. Viviane Reding würde als erste Frau an der Spitze der Kommission Geschichte schreiben. Schließlich kann auch eine dritte Amtszeit für José Manuel Barroso nicht völlig ausgeschlossen werden. Bei den Grünen wäre der französisch-deutsche Daniel Cohn-Bendit, ein Politstar der Revolte von 1968, ein ideales Zugpferd, selbst ohne große reale Chancen. Klar ist, dass jeder/jede Kommissionspräsidentin, der/die Europawahlen gewonnen hat, eine viel stärkere Position gegenüber den nationalen Regierungschefs hätte als heute.



*Der Deutsche Martin Schulz ist der aussichtsreichste Kandidat bei den Sozialdemokraten für einen direkt gewählten Kommissionspräsidenten.*

Job einem Wahlsieg der luxemburgischen Christdemokraten bei den letzten Europawahlen, als deren Spitzenkandidatin sie ins Rennen ging. Das Beispiel scheint Schule zu machen.

Längst kämpfen hinter den Kulissen bereits die InteressentInnen um die besten europaweiten Plätze. Der Präsident des Europaparlaments, der Deutsche Martin Schulz, ist der aussichtsreichste Kandidat bei den Sozialdemokraten. Komplizierter ist die Lage bei der christdemokratischen Europäischen Volkspartei.

Den internationalen Finanzmärkten, die die Weltwirtschaft seit vier Jahren destabilisieren und den demokratischen Entscheidungsprozess aushöhlen, Zügel anzulegen, dazu sind im Alleingang selbst große Nationalstaaten zu schwach. Das wird inzwischen sogar von EU-SkeptikerInnen zugegeben. Die Konsequenz zu ziehen und in Richtung Vereinigte Staaten von Europa zu gehen, die von gleich zu gleich mit China oder den USA um klare Regeln für die Finanzwelt des 21. Jahrhunderts ringen, tun sich die EuropäerInnen jedoch schwer. ■



Die Wut der BürgerInnen (hier in Griechenland) wird vor allem in Südeuropa immer größer: Nicht nur die Sparpolitik trifft sie hart, auch ihre Rechte werden mehr und mehr beschnitten.

## Unsauberer Umgang mit demokratischen Werten

*Die Wirtschaftskrise und die Reformen führen dazu, dass in immer mehr europäischen Ländern die Rechte der ArbeitnehmerInnen und der Gewerkschaften unter die Räder kommen.*

Von Wolfgang Greif

**G**rundlegende Arbeitsrechte sind nicht verhandelbar, auch nicht in Krisenzeiten.“ Mit dieser Mahnung ließ der damalige Generaldirektor der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO), Juan Somavia, in einer Rede vor dem EU-Parlament aufhorchen. Aus gutem Grund, denn seit Ausbruch der Finanzmarktkrise häufen sich in immer mehr EU-Ländern Belege für einen Rückbau gewerkschaftlicher Rechte.

Zunehmend sichtbarer werden die tiefgreifenden sozialen Folgen der Wirtschafts- und Finanzkrise. Seit

2007 sind die Arbeitslosenzahlen in der EU um mehr als 20 Prozent gestiegen. Fast 25 Mio. Menschen sind EU-weit heute ohne Arbeit. In mehreren Ländern beträgt die Jugendarbeitslosigkeit mehr als 50 Prozent.

Dazu kommt, dass die europaweite Sparpolitik den Kontinent nachhaltig in eine Rezession zu stürzen droht. Trotzdem wird in hohem Maß am Kurs einer als alternativlos hingestellten Sparpolitik festgehalten. Zahlreiche politische EU-Initiativen durchzieht der rote Faden, dass die Beschäftigungs- und Sozialpolitik die Hauptlast bei der Anpassung

tragen soll. Europaweit protestieren Gewerkschaften gegen diese Politik, die durch Rettung des Finanzsektors entstandene Schuldenkrise in erster Linie mit Sparpaketen und Kürzungsprogrammen zu bereinigen. Wenig überraschend, dass in vielen Ländern zunehmend auch die Rechte der Gewerkschaften selbst angegriffen werden.

### Jagd auf Arbeitnehmerrechte

Ein aktueller Bericht des Europäischen Gewerkschaftsinstituts in Brüssel dokumentiert, dass unter dem Vorwand, das Arbeitsrecht zu

„modernisieren“ seit Beginn der Wirtschaftskrise Deregulierungsmaßnahmen vorgenommen wurden, die in einigen Ländern eine umfassende Überarbeitung – und Verschlechterung – des Arbeitsrechtes mit sich brachten.

Das reicht von drastischen Änderungen des Arbeitsrechtes, wie in Ungarn, Estland und der Slowakei, über Fälle, wo europäische und internationale Institutionen Ländern Strukturreformen aufgezwungen haben (Griechenland, Portugal und Spanien), bis hin zu „Missionen“, die der Internationale Währungsfonds IWF gemeinsam mit der EU in Mitgliedsstaaten mit wirtschaftlichen Schwierigkeiten sandte, wie etwa nach Lettland, um „erfolgreich“ den Haushalt zu verhandeln.

### Arbeitsbeziehungen und Gewerkschaftsrechte

Vor allem in zahlreichen süd- und südosteuropäischen Ländern werden auch Änderungen der Verfahren der Arbeitsbeziehungen vorgenommen, die den sozialen Dialog und Kollektivvertragsverhandlungen erschweren und darauf ausgerichtet sind, die Gestaltungsmöglichkeiten der Gewerkschaften empfindlich einzuschränken.

In etlichen Ländern ist eine Politik zur Dezentralisierung der Lohnverhandlungen festzustellen, eine Verlagerung von der nationalen bzw. Branchenebene auf die Unternehmensebene. Ein weiterer Trend: die Verschärfung der Kriterien, ab wann Gewerkschaften die Repräsentativität haben, Kollektivverträge abzuschließen.

Vereinzelt wird den Gewerkschaften das Vorrecht genommen, Verhandlungen über Löhne und Arbeitsbedingungen zu führen, oft

zugunsten alternativer Arbeitnehmervertretungsorgane. Bewährte Institutionen des sozialen Dialogs werden substanziell geschwächt, oder die Regelungen über kollektive Arbeitskonflikte werden überarbeitet, um anstelle der Ge-

**Die sozialen Krisenfolgen sind auch demokratiepolitisch bedenklich.**

richte alternative, „unverbindliche“ Streitschlichtungsmechanismen durchzusetzen. Diese Eingriffe ins Arbeitsrecht schwächen in vielen Ländern die gewerkschaftliche Interessensvertretung: Sie greifen die Gewerkschaften in ihrer Struktur und ihren institutionellen Möglichkeiten an, Beschäftigte zu schützen und zu vertreten.

### Demokratiepolitisch bedenklich

Dazu kommt, dass bei der Durchsetzung von „Reformen“ in mehreren Ländern auf „Notfallverfahren“ zurückgegriffen wurde, um Vereinbarungen mit den Sozialpartnern zu umgehen, so geschehen in Estland, Ungarn und der Slowakei. In Griechenland und Italien handelte die Regierung offen am Parlament vorbei. In Griechenland und Portugal mussten die nationalen Behörden internationale Vorgaben umsetzen, ohne Anhörung der Parlamente.

Für die europäischen Gewerkschaften und den Europäischen Gewerkschaftsbund (EGB) verstoßen viele dieser Maßnahmen gegen Verpflichtungen der Länder nach den Normen und Standards der IAO und des Europarates. In einigen Ländern haben die Gewerkschaften daher nicht nur mit Demonstrationen oder dem Ausrufen eines Generalstreiks reagiert, sondern auch Klagen eingereicht: Die Gewerkschaften in

Spanien, Griechenland, Ungarn und der Slowakei haben Beschwerde bei der IAO eingelegt, dass die Reformen der Kollektivvertragsverhandlungen gegen die Grundsätze der Gewerkschaftsfreiheit und freier Kollektivvertragsverhandlungen verstoßen.

Diese immer häufigeren Umgehungen der Einbindung der Gewerkschaften stellen zusammen mit der Schwächung der Rolle der Sozialpartner bei der Ausarbeitung sozialer Rechte

unerträgliche Eingriffe auf Kosten der Demokratie in Europa dar.

„Die Achtung grundlegender Arbeitsrechte ist nicht verhandelbar, auch nicht in Krisenzeiten“ – diesen Satz ins Stammbuch jener KrisenlenkerInnen, die unverbesserlich neoliberalen Rezepten zum Durchbruch verhelfen und damit demokratische Standards in Europa aufs Spiel setzen! ■

### Buchtipps



**Europa am Scheideweg.** Marktkonforme Demokratie oder demokratiekonformer Markt. Sepp Wall-Strasser et al. ÖGB-Verlag 2012

### Zur Nachlese – Download

Arbeitsrechtsreformen in Krisenzeiten – eine Bestandsaufnahme in Europa, ETUI Working Paper 2012 (in DE) sowie Länderstudien (in EN): [blog.gpa-djp.at/ebr](http://blog.gpa-djp.at/ebr)



„Die EU braucht ein neues Regelwerk, damit schnell und demokratisch entschieden werden kann.“  
Evelyn Regner, Abgeordnete zum Europäischen Parlament.

© Astrid Knie

# Demokratische Defizite

*Die Finanzkrise hat gezeigt, dass die Entscheidungsmechanismen der EU nicht ausreichen, wenn es darum geht, schnelle und gute Lösungen herbeizuführen. EU-Abgeordnete Evelyn Regner über Finanzkrise und Demokratie.*

*Das Interview führte Barbara Lavaud.*

**KOMPETENZ:** Das griechische Defizit beläuft sich auf zwei Prozent des europäischen Bruttosozialprodukts. Warum kann das auf europäischer Ebene nicht bewältigt werden?

**Evelyn Regner:** Das Defizit Griechenlands war bedenklich, explodiert ist es allerdings erst nach Ausbruch der Finanzkrise, die durch die Verantwortungslosigkeit und Gier von Banken, Dachfonds und deren Managern ausgelöst worden war. Die „griechische Tragödie“ ist darauf zurückzuführen, dass die europäischen Regierungen zu spät und zu zögerlich gehandelt haben. Als die Finanzschwierigkeiten von Griechenland bekannt wurden, hat der Europäische Rat nicht entschlossen genug reagiert. Die Gründe dafür sind bekannt: Innenpolitischer Druck auf die Regierungschefs machte es schwer, konsequente Entscheidungen zu treffen.

Darüber hinaus kam Griechenland durch den Druck der Finanzmärkte, konkret die Spekulationen auf eine Staatspleite, stark unter Druck.

**KOMPETENZ:** Was fordert das Europäische Parlament?

**Evelyn Regner:** Auch bei den Regelungen für die Finanzmärkte verwässern nationale Egoismen die notwendige strenge Regulierung, wie wir sie im Europäischen Parlament so oft vorschlagen. Nun sind durch die Gelder der Europäischen Union die griechischen Banken gerettet worden, die Bevölkerung hat wenig von den Hilfestellungen mitbekommen. Es ist daher nur gut, recht und billig, jetzt auch Instrumente zu schaffen, die den Griechinnen und Griechen direkt zugutekommen. Ein eigener finanziell gut ausgestatteter Sozialfonds muss nun zum Einsatz kommen. Denn wenn der Staat seinen Aufga-

ben nicht mehr erfüllen kann, dann besteht die Gefahr, dass die Menschen den Extremisten in die Arme getrieben werden. In Griechenland erleben rechtsextreme Parteien wie etwa die „Goldene Morgenröte“ eine Renaissance. Es muss also in unser aller Interesse sein, dass den Menschen geholfen wird und sie sich nicht enttäuscht von Europa abwenden. Darüber hinaus muss man den Griechinnen und Griechen auch ausreichend Zeit geben, die notwendigen Reformen umzusetzen.

**KOMPETENZ:** Braucht Europa mehr supranationale Demokratie?

**Evelyn Regner:** Ja, denn das ist auch zum Nutzen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Nehmen wir als Beispiel die jüngst von der Kommission vorgestellte europäische Bankenaufsicht. Die großen, systemrelevanten österreichischen Banken agieren grenzüberschreitend. Es ist gut, dass sie von österreichischer Seite kontrolliert werden, dennoch ist das nicht mehr ausreichend und entspricht nicht mehr den Anforderungen unserer Zeit. Kommt eine dieser großen Banken ins Trudeln, weil ein Auslandszweig Schwierigkeiten verursacht, dann hat dies massive Auswirkungen auf die österreichische wirtschaftliche Situation und somit auch auf die Arbeitsplätze. Wir brauchen daher grenzüberschreitende Mechanismen, um rechtzeitig eingreifen zu können. Ähnliches gilt für den Bereich des Lohndumpings. Erst wenn wir gemeinsame Mindeststandards haben, können wir verhindern, dass wir uns gegenseitig unterbieten. Österreich hat bereits ein Lohn- und Sozialdumpinggesetz, aber wir müssen Regelungen etablieren, die für alle in Europa gleichermaßen gelten. Wir müssen verhindern, dass die Staa-

ten in Europa sich bei Sozialstandards unterbieten.

**KOMPETENZ:** Wie steht es um das Kräfteverhältnis von Parlament, Rat und Kommission: Das Parlament ist die einzige direkt gewählte Institution. Hat es ausreichend Machtbefugnisse?

**Evelyn Regner:** Das EU-Parlament hat seit dem Vertrag von Lissabon mehr Rechte bekommen, wir können jetzt als Ko-Gesetzgeber bezeichnet werden. In den vergangenen Jahren hat das Parlament auch einiges bewirkt. So wurde beispielsweise die erste Version von SWIFT (Bankdatenaustausch mit

„Wir müssen verhindern, dass die Staaten sich bei Sozialstandards unterbieten.“

den USA) aufgrund datenschutzrechtlicher Bedenken zurückgewiesen, und auch, dass das Antipiraterie-Abkommen ACTA nicht in Kraft treten kann, ist auf das EU-Parlament zurückzuführen. Auch in der Debatte um die Finanztransaktionssteuer haben wir Abgeordnete in den vergangenen Jahren Druck aufgebaut und sie immer wieder eingefordert. Der Ball liegt nun bei den Regierungen, das Parlament ist in dieser Frage klar positioniert.

Andererseits aber versucht der Rat oftmals, das Europäische Parlament zu umgehen. Deutlich gezeigt hat sich dies am Europäischen Stabilitäts-Mechanismus (ESM). Hier wurde ein völkerrechtlicher Vertrag von den Regierungschefs der Eurozone geschlossen, der EU-Agenden unmittelbar betrifft, aber nicht dem normalen Gesetzgebungsprozess innerhalb der Europäischen Union unterliegt. Wir Abgeordnete wurden also vor vollendete Tatsachen gestellt und

hatten kein Mitspracherecht. Das Zustandekommen des ESM zeigt ein demokratiepolitisches Defizit auf. Wir sind von der Bevölkerung direkt gewählt, können aber bei solchen wichtigen Entscheidungen nicht mitreden.

Was ebenso fehlt, ist ein echtes Initiativrecht des Europäischen Parlaments, wie es auch die nationalen Parlamente haben. Wie bereits beschrieben, haben der Rat und die Regierungen bei der Bewältigung der Finanz- und Wirtschaftskrise kläglich versagt. Der Grund dafür liegt auch darin, dass der Rahmen der Europäischen Union zu wenig zu Entscheidungen zwingt. Hier brauchen wir ein neues Regelwerk, das dazu führt, dass schnell, effizient und unter Wahrung der Demokratie entschieden werden kann.

**KOMPETENZ:** Stichwort Gewerkschafts- und ArbeitnehmerInnenrechte: Sind die Gewerkschaften auf gesamteuropäischer Ebene stark genug?

**Evelyn Regner:** Natürlich stehen die Gewerkschaften einer überwältigenden Masse an InteressensvertreterInnen von der „anderen Seite“ gegenüber, die viel mehr Geld und Kapazitäten haben. Wichtig ist jedoch die Qualität und das Engagement bei der Vertretung der Interessen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern und hier leisten die Gewerkschaften ausgezeichnete Arbeit. Was ich kritisieren möchte, ist, dass die EU-Kommission in ExpertInnengruppen und Arbeitsgruppen zu viele „Technokraten“ einlädt und zu wenig ExpertInnen mit intelligenter politischer Zielsetzung, zu wenig Leute aus den Gewerkschaften, Personen, die realen Probleme sehen und nicht irgendwelche technischen Probleme aufbauschen. ■

## Kommentar



# Wie (un)demokratisch ist Europa?

*Europa braucht weniger nationalistische Hetze und mehr Verteilungsgerechtigkeit.*

Von Wolfgang Katzian

Auf die angeblich so undemokratische EU ist in Österreich leicht schimpfen. Die Beamtinnen und Beamten in Brüssel würden unsere Steuergelder leichtfertig verprassen, und auch die Euro-Rettungspakete werden gerne als undemokratischer Akt gesehen, der Österreich aufkotzt wurde. Denn wer in Österreich würde freiwillig den „faulen Griechen“ Geld geben? Angesichts solcher Polemiken in den Medien und zum Teil auch seitens der politisch Verantwortlichen darf man sich nicht wundern, dass sich die Europäische Union mehr und mehr in einer veritabeln Legitimationskrise befindet.

Die vieldiskutierten Rettungspakete sind demokratiepolitisch äußerst bedenklich. Jedoch nicht, weil sie Mittel innerhalb der EU umverteilen, wie es in jedem Bundesstaat oder Staatenbund üblich ist, sondern weil sie von den Ländern, die diese Mittel dringend benötigen, drakonische Anpassungs- und Einsparungsmaßnahmen verlangen. Umzusetzen sind diese meist nur auf Kosten grundlegender demo-

kratischer Rechte – Rechte von ArbeitnehmerInnen, PensionistInnen, Gewerkschaften. Empfindliche Kürzungen gesetzlicher Mindestlöhne und staatlicher Pensionsleistungen sind dabei genauso an der Tagesordnung wie Eingriffe in den sozialen Dialog zwischen Arbeitge-

**Demokratische Defizite lassen sich nicht durch nationalistische Hetze lösen.**

bern und ArbeitnehmerInnen, die die Kollektivvertragsverhandlungen erschweren und darauf gerichtet sind, die Gestaltungsmöglichkeiten der Gewerkschaften empfindlich einzuschränken.

Wie aber lassen sich die demokratiepolitischen Defizite der EU lösen? Offensichtlich nicht durch nationalistische Hetze gegen einzelne Mitgliedsstaaten und genauso wenig durch unbrauchbare Vorschläge wie „zurück zum Schilling“. Vielmehr erfordern sie gezielte Maßnahmen gegen die wachsende soziale Krise in weiten Teilen Süd- und Osteuropas. Sie verlangen einen Ausbau und nicht eine Schwä-

chung von Arbeits- und Gewerkschaftsrechten, europaweite Mindeststandards bei der sozialen Sicherheit, sofortige Investitionen gegen die Jugendarbeitslosigkeit und eine Koordinierung der Steuerpolitiken, um dem EU-weiten Steuererhebungswettbewerb und der damit verbundenen Erosion der Einnahmen Einhalt zu gebieten.

Außerdem muss auch auf Ebene der EU die Verteilungsfrage stärker zum Thema gemacht werden. Dass die Krisenkosten bisher vor allem ArbeitnehmerInnen und PensionistInnen aufgebürdet wurden, während die Umsetzung der Finanztransaktionssteuer immer wieder auf die lange Bank geschoben wurde, hat europaweit nicht gerade das Vertrauen in die EU-Institutionen gestärkt. Neben der Säumigkeit bei der EU-weit umzusetzenden Finanztransaktionssteuer haben fast alle EU-Staaten auch auf nationaler Ebene großen Nachholbedarf was Vermögenssteuern betrifft. Hier europaweit mehr Fairness zu schaffen, würde der gesamten Union nutzen. ■



© pressmaster - Fotolia.com

## Arbeitgeber kündigen Journalisten-KV

### *Journalistengewerkschaft in der GPA-djp startet Unterstützungsaktion*

Der Verband der Österreichischen Zeitungsherausgeber (VÖZ) hat Ende September den Kollektivvertrag für journalistische MitarbeiterInnen bei Tages- und Wochenzeitungen gekündigt. Anfang Oktober fanden in den meisten Zeitungsredaktionen Informationsversammlungen statt.

„Diese Aufkündigung ist ein völlig unangebrachter Eskalationsschritt“, erklärt der Vorsitzende der Journalistengewerkschaft in der GPA-djp, Franz C. Bauer. „Offenbar geht es den ArbeitgeberInnen doch um eine dramatische Verschlechterung bei den Einkommen

und Rahmenbedingungen, auch wenn man öffentlich Gegenteiliges beteuert. Wir fordern die ArbeitgeberInnen auf, diesen Schritt zu überdenken.“ Die GPA-djp betont, dass in solchen Fällen trotzdem das ortsübliche Entgelt weiterhin gültig ist – und das ist das im Kollektivvertrag festgelegte Entgelt.

Neben zahlreichen anderen Aktivitäten hat die GPA-djp ein Unterstützungsforum eingerichtet. Aktuelle Informationen und die Unterstützungserklärung zum Unterzeichnen finden Sie auf [www.gpa-djp.at/journalistengewerkschaft](http://www.gpa-djp.at/journalistengewerkschaft)

## Kindergarten: Achtung, Einsturzgefahr!

Protest gegen die unzumutbaren Rahmenbedingungen in elementaren Bildungseinrichtungen wie Kindergärten, Krippen und Krabbelstuben gab es Anfang Oktober von den Elementar-, Kindergarten- und Hortpädagoginnen und -pädagogen sowie den KindergartenhelferInnen und –assistentInnen: Kritisiert werden vor allem die Gruppengröße, zu kleine Gruppenräume, der Zeitdruck, der geringe Verdienst und der „Fleckerlteppich“ der gesetzlichen Bestimmungen. Organisiert wurde die Protestaktion von der GPA-djp gemeinsam mit der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten und der Gewerkschaft vida.

### Equal Pay Day

Gleiche Arbeit, ungleicher Lohn: In Österreich verdienen Frauen nach wie vor für die gleiche Arbeit durchschnittlich 23,7 Prozent weniger als Männer, das macht im Schnitt 10.586 Euro weniger. Das bedeutet in Tagen gerechnet, dass Männer bereits am 6. Oktober, am Equal Pay Day, jenes Einkommen erreicht haben, wofür Frauen noch bis 31. Dezember arbeiten müssen. Statistisch gesehen bleiben damit für Frauen 87 Tage „unbezahlt“. Im vergangenen Jahr fand der Equal Pay Day zwei Tage früher statt. Wenn sich die Einkommensschere weiterhin jährlich um kaum einen Prozentpunkt verringert, müssen Frauen noch über 30 Jahre auf Lohngleichheit warten.

Einkommensunterschiede haben viele Ursachen, die sachlich nicht gerechtfertigt sind. Frauen „verlieren“ Geld beim Berufsstart, durch die Babypause, durch Teilzeitarbeit und haben allgemein geringere Karrierechancen. Die GPA-djp fordert daher: Mindesteinkommen von 1.300 Euro bei Vollzeitbeschäftigung, verpflichtende Frauenförderung in Betrieben bestimmter Größe, verbindliche Quoten für Führungspositionen und Ausweitung der gesetzlichen Einkommenstransparenz auf kleinere Betriebe.

Mehr dazu auf [www.gpa-djp.at/frauen](http://www.gpa-djp.at/frauen)



© LE image - Fotolia.com

# Metallindustrie: Kampf um gemeinsamen Kollektivvertrag

*Durch getrennte Verhandlungen anstelle des traditionellen gemeinsamen Kollektivvertrags setzen die ArbeitgeberInnen die bewährte Sozialpartnerschaft aufs Spiel.*

*Von Martin Panholzer*

**D**ie Kollektivvertragsverhandlungen für die rund 180.000 Beschäftigten der Metallindustrie begannen heuer unter völlig geänderten Vorzeichen. Bereits im April dieses Jahres hat der größte Fachverband Maschinen- und Metallwarenindustrie (FMMI) die bisher bewährte Verhandlungsgemeinschaft verlassen. Dieses Vorhaben war für die beiden verhandelnden Gewerkschaften Pro-GE und GPA-djp von Anfang an eine Kampfansage. Es ist aber nicht gelungen, die verantwortlichen VerhandlerInnen der ArbeitgeberInnenseite zu

einer Revision dieses Schrittes zu bewegen.

Nach der gemeinsamen Forderungsübergabe am 19. September starteten am selben Tag die Verhandlungen mit dem FMMI. Ziel der Gewerkschaften bleibt trotz getrennter Verhandlungen ein einheitlicher Kollektivvertrag. Mit der Forderung nach fünf Prozent Lohn- und Gehaltserhöhung wurde ein klares Signal gesetzt, dass gerade jetzt eine Kaufkraftstärkung und eine Beteiligung der Beschäftigten an der hervorragenden Ertragslage der Unternehmen

der Metallindustrie notwendig seien.

## **Bewährten Weg fortsetzen**

„Wir wollen die Verhandlungsgemeinschaften und einen einheitlichen Kollektivvertrag erhalten, nicht weil wir AnhängerInnen einer Tradition sind, sondern weil wir der Überzeugung sind, dass die bisher bewährten Strukturen für alle Beschäftigten der Metallindustrie, aber auch für alle ArbeitnehmerInnen Österreichs und für die gesamte Volkswirtschaft von großer Bedeutung sind“, ist der stv.



*Die Aufkündigung der Verhandlungsgemeinschaft seitens der ArbeitgeberInnen war für die Gewerkschaften eine Kampfansage.*

Bundesgeschäftsführer und Chefverhandler der GPA-djp, Karl Proyer, überzeugt.

Es sei grob fahrlässig, gerade in einer wirtschaftlich so schwierigen Situation, den über Jahrzehnte bewährten Weg der sozialpartnerschaftlichen Lohn- und Gehaltsfindung aufs Spiel zu setzen. Ein Weg, der auch den Unternehmen Berechenbarkeit und große Vorteile gebracht hat. Offenbar wollen einige Hardliner unter den ArbeitgeberInnen die Gunst der Stunde nutzen, um die Verhandlungsmacht der ArbeitnehmerInnen zu schwächen, die Löhne und Gehälter zu drücken oder Forderungen durchzusetzen, an denen sie bislang gescheitert sind (z.B. Stichwort Arbeitszeitflexibilisierung).

„Wer aber glaubt, in einer aufgesplitterten Verhandlungsgemeinschaft steigt unsere Lust, über ‚Rah-

menbedingungen‘ wie etwa flexible Arbeitszeiten zu reden, der täuscht sich gewaltig“, so Proyer.

### **Kollektivvertrag soll ausgehebelt werden**

Die ersten Verhandlungsrunden brachten auch klar zu Tage, worum es den ArbeitgeberInnen geht. Hinter Schlagwörtern wie Beschäftigungssicherung und Flexibilisierung verstecken sich Konzepte, die die Bedeutung des Kollektivvertrages möglichst schmälern und möglichst viel auf der betrieblichen Ebene regeln sollen. Im Klartext würde das etwa bedeuten, dass in den Betrieben wesentlich schlechtere Arbeitszeitregeln vereinbart werden könnten, als sie der Kollektivvertrag vorsieht.

Des Weiteren fordert der FMMI Lohn- und Gehaltsabschlüsse, die sich nach der Arbeitsintensität und der wirtschaftlichen Lage des jeweiligen Betriebes richten. Junge Beschäftigte sollen zudem länger arbeiten, während ältere ArbeitnehmerInnen bei geringerer Entlohnung kürzer arbeiten sollen.

„Keineswegs werden wir auch von unserer Forderung nach einer kräftigen Lohn- und Gehaltserhöhung abrücken“, macht Proyer unmissverständlich klar. Gerade die aktuelle wirtschaftliche Gesamtsituation, in der aufgrund der Finanzkrise öffentliche Haushalte oft zu drastischen Sparmaßnahmen gezwungen sind, erfordert eine Lohn- und Gehaltspolitik, die garantiert, dass die Produktivitätsgewinne bei den Menschen ankommen und die Kaufkraft und Inlandsnachfrage nicht geschwächt werden.

Auch die aktuellen wirtschaftlichen Daten sind kein Anlass, jetzt große

Zurückhaltung zu üben. Eine aktuelle Studie der Wiener Arbeiterkammer zeigt, dass von einer Krise der Metallindustrie keine Rede sein kann. Im Gegenteil, die Gewinne und die Ausschüttungen an die AktionärInnen sind in der jüngsten Vergangenheit enorm gestiegen. Nach den AktionärInnen seien nun die ArbeitnehmerInnen dran, ihren Anteil am Kuchen abzuholen.

**„Nicht mutwillig zerstören, was für uns alle gut ist.“**

Ab Mitte Oktober werden dann die Verhandlungen mit den anderen Fachverbänden aufgenommen.

### **Mobiles KV-Einsatzteam**

In den nächsten Wochen werden mobile KV-Einsatzteams Metallbetriebe in ganz Österreich besuchen und gemeinsam mit den Betriebsräten und Betriebsrätinnen vor Ort Aufklärungsarbeit hinsichtlich der Kollektivvertragsforderungen leisten. Ihr Motto: „Nicht mutwillig zerstören, was für uns alle gut ist.“ Die Verhandlungen mit dem FMMI werden Ende September und Anfang Oktober fortgesetzt. ■

#### **Info**

Über den aktuellen Verhandlungsverlauf in der gesamten Metallindustrie können Sie sich auf der Homepage der GPA-djp informieren:  
[www.gpa-djp.at](http://www.gpa-djp.at)



© umFAIRteilen

*Eine Besteuerung großer Vermögen ist wirtschaftlich unbedenklich: Sie betrifft überwiegend leistungslose Einkommen.*

# Geld ist genug da!

*Die Privatvermögen wachsen kräftig, während die soziale Sicherheit immer löchriger wird. Es gibt genug Geld für die Bankenrettung – warum nicht auch für den Sozialstaat?*

Von Dierk Hirschel

**E**uropa ist so reich wie noch nie. Zwischen Monaco und Mailand leben heute 3,2 Millionen Millionäre. Der private Reichtum Westeuropas umfasst 27 Billionen Euro. Die deutschen Reichen sitzen auf einem 7,2 Billionen Euro hohen Vermögensberg – Sach- und Geldvermögen abzüglich Verbindlichkeiten.

Dieses Vermögen ist dreimal so groß wie das deutsche Sozialprodukt. In Frankreich, Italien und Spanien umfasst der private Reichtum sogar das Fünf- bis Siebenfache der jährlich produzierten Waren und Dienstleistungen. Von Madrid bis Athen konzentriert sich immer mehr Vermögen in immer weniger Händen. Hierzulande besitzt das reichste Prozent mehr als ein Drittel des gesamten Nettovermögens. Die

reichsten zehn Prozent halten zwei Drittel.

Während wenige immer reicher werden, bluten die Staaten aus. Die europäischen Kassenwarte stehen mit über zehn Billionen Euro in der Kreide. Es gibt einen engen Zusammenhang zwischen steigenden Privatvermögen und wachsenden Staatsschulden. In der großen Finanzmarktkrise 2008 rettete der Staat die Banken vor dem Untergang. Durch milliardenschwere Finanzhilfen und staatliche Garantien wurden die VermögensbesitzerInnen vor großen Verlusten geschützt.

## Staatsverschuldung

Der staatliche Rettungseinsatz ließ die Staatsverschuldung explodieren. Die Schuldenquote der Euro-

Gemeinschaft kletterte krisenbedingt von rund 66 Prozent auf über 85 Prozent. Allein die deutschen Staatsschulden stiegen um 400 Milliarden Euro. Drei Viertel davon sind Kosten der Bankenrettung. Europaweit beläuft sich die Zeche der Bankenrettung auf rund 1,6 Billionen Euro. Die Zinsen, die europäische Kassenwarte für die Rettung auf Pump bezahlen, kassieren Finanzinstitute und VermögensbesitzerInnen, die in der Krise gerettet wurden.

Doch damit nicht genug. Seit der Jahrtausendwende beglückte die Politik die Reichen mit üppigen Steuergeschenken. Dadurch wuchs der öffentliche Schuldenberg um rund 380 Milliarden Euro. Das entspricht fast der Hälfte der gesamten Neuverschuldung des letzten Jahrzehnts.

Kurzum: Der Anstieg der Staatsverschuldung ist nicht das Ergebnis laxer Haushaltspolitik, sondern Folge einer schamlosen politischen Reichtumspflege und der großen Finanzmarktkrise. Das Gemeinwohl schrumpfte zugunsten steigender Vermögen. Und jetzt sollen die Schuldenberge dadurch abgetragen werden, dass abhängig Beschäftigte, RentnerInnen und Arbeitslose den Gürtel enger schnallen. Damit muss endlich Schluss sein. Die Schuldenfrage ist eine Verteilungsfrage. Der private Reichtum muss jetzt zum Abbau der Staatsschulden herangezogen werden.

### Vermögensbesteuerung

In diesem Zusammenhang wurde in Deutschland das Instrument einer Vermögensabgabe diskutiert. Eine einmalige Vermögensabgabe auf Geld-, Immobilien- und Betriebsvermögen könnte einen wichtigen Beitrag leisten, um den milliardenschweren Schaden der Finanzmarktkrise zu beheben.

Und auch Vermögenssteuern könnten bei entsprechender Gestaltung – Freibeträge, Bemessungsgrundlage, Steuersatz – Einnahmen erzielen, durch die der öffentliche Schuldenberg schrumpfen würde. Darüber hinaus ließen sich dringend notwendige Investitionen in Bildung, Gesundheit, Klimaschutz und Infrastruktur finanzieren.

Ein progressiver Tarifverlauf, hohe Freibeträge und anrechenbare Privatschulden würden die Belastung auf die Wohlhabenden konzentrieren. Eine Besteuerung großer Vermögen ist wirtschaftlich unbedenklich. Sie betrifft überwiegend leistungslose Einkommen und ist

daher keinesfalls leistungsfeindlich. Auch der Konsum kommt nicht unter die Räder, da die Reichen viel sparen. Viele kleine und mittlere Betriebe sind davon überhaupt nicht betroffen, da ihr Betriebsvermögen zu gering ist.

Eine Vermögenssteuer beseitigt natürlich nicht auf einen Schlag die große Verteilungsschieflage. Klar ist auch: Sie ersetzt weder eine neue Ordnung auf dem Arbeitsmarkt noch eine gute Lohnpolitik noch eine verteilungsgerechte Steuerpolitik. Sie ist lediglich Teil eines Gesamtkonzeptes.

### Alternativen zur Sparpolitik

Neue Vermögenssteuern können eine wichtige Rolle in der Mobilisierung für einen verteilungspolitischen Kurswechsel in Deutschland und Europa spielen. In den nächsten Monaten wird die wirtschaftliche Krise unserer europäischen Nachbarn auch zu unserer Krise. Sobald die Steuereinnahmen nicht mehr sprudeln, stehen überall neue Kürzungspläne auf der Tagesordnung. Die dann anstehenden Gebührenerhöhungen, Theaterschließungen und verschlechterten Unterrichtsbedingungen treffen breite Bevölkerungsschichten.

Die vermeintlich alternativlose Kürzungspolitik stützt sich auf das Märchen von der Staatsschuldenkrise. Die Debatte über eine Vermögensbesteuerung lenkt den Blick auf Umfang und Ursachen des privaten Reichtums. Unter dem Motto „Geld ist genug da“, kann der drohende Sozialabbau erfolgreich delegitimiert werden. Zudem wird deutlich, dass es eine sozial gerechte Alternative zur ausgabe-seitigen Haushaltskonsolidierung gibt. ■



© msp12 – Fotolia.com

### Aktionswoche

Von 5. bis 9. November werden die GPA-djp, die deutsche Dienstleistungsgewerkschaft ver.di und die schweizer Gewerkschaft unia eine gemeinsame und grenzübergreifende Aktionswoche unter dem Motto „Geld ist genug da!“ organisieren. Thema dieser Aktionswoche ist die fehlgeleitete Sparpolitik, die nach Einschätzung der Gewerkschaften in eine Rezession führen wird, sowie die Forderung nach einer verstärkten Besteuerung großer Vermögen sowie einer neuen Verteilungspolitik in allen drei Ländern. Mehr dazu in der nächsten Ausgabe der KOMPETENZ und im Internet unter

[www.gpa-djp.at](http://www.gpa-djp.at)  
[www.verdi.de](http://www.verdi.de)  
[www.unia.ch](http://www.unia.ch)

**Dierk Hirschel** ist Ver.di-Bereichsleiter Wirtschaftspolitik und lebt in Berlin. Die in diesem Beitrag erläuterten volkswirtschaftlichen Entwicklungen beziehen sich auf Deutschland, die Dynamik in Österreich ist aber eine vergleichbare.



*Ein Flughafen braucht Personal, das vor allem technisch versiert ist.*

# Männerwelt Flughafen?

*Damit am Flughafen Wien mehr Frauen arbeiten, müssen noch Hürden überwunden werden. Betriebsrat Manfred Biegler über seine Arbeit in einer Männerbranche.*

*Von Heike Hausensteiner*

**D**ass mehr als 21 Millionen Fluggäste pro Jahr (2011) befördert werden, ermöglichen knapp 3.300 ArbeiterInnen und Angestellte am Flughafen Wien-Schwechat. Die Betreibergesellschaft Flughafen Wien AG beschäftigt 2.200 ArbeiterInnen, die fast alle Männer sind, hinzu kommen 1.140 Angestellte, unter ihnen lediglich rund 330 Frauen. Davon ist die größte Gruppe im Flugzeug tätig oder im Terminal in der Passagierabfertigung sowie im Bürobereich, erläutert Betriebsratsvorsitzender Manfred Biegler im Interview. Er stellt sich im Oktober der Wiederwahl und wird im Vorfeld u.a. Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek als Gast im Betrieb haben. Er unterstützt das Anliegen, im Unternehmen und vor allem auf der Führungsebene den Frauenanteil zu erhöhen.

Als Manfred Biegler seine Ausbildung an einer HTL machte, „war

bei mir in der Klasse kein einziges Mädchen“, erzählt er. Das hat sich inzwischen geändert, im Gesamtdurchschnitt. Doch es sind nach wie vor drei Viertel Burschen, die eine technisch-gewerbliche Schule besuchen. Und ein Flughafen braucht Personal mit Maturaniveau und Fremdsprachenkenntnissen, das aber vor allem technisch versiert ist, sagt der Belegschaftsvertreter. „Die Abfertigung eines Flugzeuges checkt heutzutage nur mehr eine Person, und das ist meistens ein Mann.“ Der Großteil der Tätigkeiten fällt im Vorfeld an, wenn etwa die schweren Gepäckstücke transportiert werden müssen.

## Frauenförderung im Betrieb

Die Zahlen sind bedenklich, meint GPA-djp-Bundesfrauensekretärin Barbara Marx. Dass hauptsächlich Burschen und Männer in techni-

sche Schulen und Berufe strömen, liege am „Dilemma der frühen Typisierung der Schulzweige“ in Österreich. Ob bei uns wirklich schon alle Zehnjährigen wissen, in welchem Beruf sie in Pension gehen werden? Marx gibt sich aber trotzdem optimistisch, was die Frauenförderung im Betrieb angeht.

Denn auch in einer typischen Männerdomäne wie auf Österreichs größtem Flughafen gibt es Verbesserungen, was die Geschlechtergleichstellung und Vereinbarkeit von Beruf und Familie betrifft. Da in Schichtdiensten gearbeitet wird, gibt es einen Airport-Kindergarten: Der Betriebsrat gründete vor zehn Jahren den Verein „Startplatz“, damit rund 40 Kinder betreut werden können. Und Manfred Biegler bleibt dran: Sein Ziel bleibt die Erhöhung der Frauenquote in seinem Betrieb, besonders auch auf Führungsebene. ■

## Grafisches Gewerbe: Branche geeint

### Gesamtkollektivvertrag für die Druckbranche bis 2016 fixiert

Nach dem erfolgreichen Kollektivvertragsabschluss für die Bogen- und Rollendruckereien im April 2012 gibt es jetzt auch ein Aufatmen für die ZeitungsdruckerInnen. Sowohl die jährliche Lohnerhöhung als auch die Kollektivvertragsbestimmungen für Zeitungen wurden bis 2016 verlängert. Die Zeitungsdrucker, die im Frühjahr ihren Austritt aus dem Verband Druck & Medientechnik angekündigt hatten, haben geschlossen ihre Kündigungen wieder zurückgenommen.

Es war ein Krimi – aber mit einem Happy End. Schienen die Gegensätze zwischen ArbeitgeberInnen

und ArbeitnehmerInnen zunächst noch unüberwindlich, gab es im April dann nach langen Verhandlungen doch einen neuen Kollektivvertrag. Mit der Einigung im Zeitungsbereich sind jetzt im gesamten grafischen Gewerbe die rechtlichen Rahmenbedingungen und Mindestlöhne bis 2016 fixiert.

„Die Druckbranche bleibt weiterhin geeint und die Sozialpartnerschaft hat ihre Kompetenz bewiesen, auch in wirtschaftlich schwierigen Zeiten gute Ergebnisse zu verhandeln“, freut sich der Wirtschaftsbereichsvorsitzende Franz Bittner.

## Handel: KV-Verhandlungen starten im Oktober

Die Verhandlungen für den Kollektivvertrag mit den meisten Beschäftigten – über 500.000 – starten dieses Jahr am 24. Oktober mit der Forderungsübergabe, die erste Verhandlungsrunde findet am 31. Oktober statt.

Im Vorjahr konnte ein Plus von durchschnittlich 3,6 Prozent bei den Mindestgehältern erzielt werden und vor allem auch im Rahmenrecht die Anrechnung von zehn Monaten auf Vorrückungen bei der Eltern- und bei der Hospizkarenz.

### Sozialer Dialog im Handel

Über 32 Millionen ArbeitnehmerInnen sind EU-weit im Handel beschäftigt. In den neuen Mitgliedstaaten und den Kandidatenländern ist der Dialog zwischen den ArbeitnehmerInnen- und Arbeitgeber-VertreterInnen erschwert: Die Handelsangestellten sind schwach gewerkschaftlich organisiert, die ArbeitgeberInnen bilden keine Vereine. Dazu kommt die prekäre finanzielle Situation der Gewerkschaften. Ein neues internationales Projekt der GPA-djp will helfen die Aufnahme eines sozialen Dialogs in jenen Ländern zu etablieren.

Durch Workshops, Seminare sowie Weiterbildungs- und Trainingsmaßnahmen werden GewerkschafterInnen, Betriebsräte und Betriebsrätinnen in ihren Bemühungen, den Sozialen Dialog im Handelssektor auf nationaler und europäischer Ebene aufzubauen, unterstützt.

Projektpartner sind neben den GPA-djp Handelsgewerkschaften aus Tschechien (OSPO), der Slowakei (OZPOCR), Polen (Solidarnosc) und der Türkei (TURK KOOP-IS) sowie die gewerkschaftliche Dienstleistungsinternationale UNI Europa. An Projektmaßnahmen teilnehmen werden zahlreiche weitere süd- und osteuropäische Länder.

Mehr dazu auf  
[www.gpa-djp.at/international](http://www.gpa-djp.at/international)



Im R.U.S.Z. dreht sich alles um Nachhaltigkeit. Mahmut Hassan (64) sorgt für Waschmaschinen-Tuning.

© Nuriith Wagner-Strauss

# Repariert Maschinen und Menschen

*Reparieren macht Sinn – nicht bloß für Umwelt und Geldbörse, sondern auch für den Arbeitsmarkt. Das Reparatur und Service Zentrum R.U.S.Z. beweist, wie nachhaltig das Leben sein kann.*

Von Christian Resei

**R**iesenhafte Ersatzteillager finden sich in den Kellern des Reparatur und Service Zentrums, kurz R.U.S.Z., in Wien Penzing. Von Waschmaschinenmotoren und -trommeln bis zu Bild- und Radioröhren, einem eigenen Lager für Geschirrspülkörbe und jede Menge Elektronik-Ersatzteile, die als veraltet gelten. Vielen lassen diese Teile das Herz höher schlagen: Radios aus den 50er-Jahren übertragen wieder störungsfrei, die gute alte Eudora wäscht besser denn je und manch tot geglaubter Videorecorder spielt einwandfrei ab.

Reparieren statt Mistplatz, Nutzen statt Müll produzieren, Nachhaltig leben statt die Wegwerfgesellschaft unterstützen – und vor allem Ressourcen schonen. R.U.S.Z.-Projektleiter Sepp Eisenriegler: „Als wir 1998 starteten, war eine Waschmaschine durchschnittlich 12 Jahre in Gebrauch, heute sind es sechseinhalb.“ Das R.U.S.Z. gilt als Zentrum des Waschmaschinen-Tunings. Was nach auffrisierten Boliden klingt, bedeutet für eine Waschmaschine ein verlängertes Leben mit Sparpotenzial. Effektivere Waschmittel sorgen für weniger Wasser- und

Stromverbrauch, das R.U.S.Z. verändert die Einstellungen alter Geräte: Statt 120 Liter reichen beim heutigen Waschgang 60 bis 70 Liter. Eine Prüf- und Justierstation – aus einer griechischen Campingwaschmaschine selbst gefertigt – hilft dabei.

R.U.S.Z. kommt auch zum Kunden: Ein Vorort-Service für Haushaltsgroßgeräte, sei es E-Herd, Waschmaschine oder Trockner, setzt das Gerät ab Anruf üblicherweise innerhalb von drei Tagen an Ort und Stelle wieder in Stand. Meist sind es ältere ArbeitnehmerInnen, die im

R.U.S.Z. eine Beschäftigung finden. Derzeit arbeiten 20 Personen in der Reparatur, zwei weitere werden bald aufgenommen.

## Der Waschmaschinenmechaniker

Vor 36 Jahren kam Mahmut Hassan, heute 64 Jahre alt, aus dem kurdischen Teil des Irak nach Österreich. Nun ist er bereits das zweite Jahr bei R.U.S.Z. und sorgt für Waschmaschinen-Tuning und Reparatur: „Ich habe mit vielen verschiedenen Marken zu tun und muss immer wieder nach neuen Lösungen suchen – das macht meinen Job sehr abwechslungsreich.“ In den 1970er Jahren baute er in Österreich die Vorläufer der Personalcomputer zusammen. „Damals habe ich noch mit dem legendären Intel 8080 Prozessor zu tun gehabt“, erzählt der Elektroniker, der über Jahrzehnte in der gleichen Firma arbeitete - doch der Tod seines Chefs beendete auch die Firmengeschichte. Sein Schicksal: Langzeitarbeitslos. Vor einigen Jahren war Mahmut Hassan schon einmal bei R.U.S.Z. und wurde nach ein paar Monaten erfolgreich weiter vermittelt. Doch die Jobs der neuen Arbeitswelt waren zumeist nicht von langer Dauer. Der 64-Jährige ist froh, hier im Reparatur Zentrum nicht zum alten Eisen zu gehören.

## Der Radiomechaniker

Der Radiomechaniker Horst Skribek hat noch im alten Philips-Werk in Wien Favoriten gelernt und arbeitete danach 15 Jahre im Unternehmen. „Ich habe noch die komplette Video 2000 Entwicklung mitgemacht. Das war ein Videosystem, wo die Kassetten beidseitig nutzbar waren.“ Seit Mitte der 1990er Jahre ist das System Geschichte, doch Enthusiasten verwenden die Videogeräte heute noch. Geht

etwas kaputt, hilft Herr Skribek. Doch vor allem ist der Radiomechaniker freilich auf Radioapparate spezialisiert, repariert ganz besondere Schmankerln. Etwa eine Phonotheke aus dem Jahre 1958: „Die hat damals 8.000 Schilling gekostet! Und konnte mit einem Plattenwechsler insgesamt acht Schallplatten hintereinander abspielen.“

**Nachhaltig leben statt die Wegwerfgesellschaft unterstützen – und Ressourcen schonen.**

Geräte wie die Phonotheke oder Röhrenradios kommen mit allen Retrowellen zum Glück nie aus der Mode und solid sind sie obendrein. „Ich bin Baujahr 1956, ich habe die Technik von damals noch gelernt“, erklärt Skribek und weiß auch mit älteren Semestern umzugehen. Seit 13 Jahren ist der Radiomechaniker nun bei R.U.S.Z.: „Als Spezialist ist es sonst nicht leicht, einen Job zu finden. Ich bin froh, dass ich eine Chance bekommen habe.“

## Profit nicht an erster Stelle

Seit 14 Jahren ist R.U.S.Z. eine Nachhaltigkeits-Institution mit Vorbildwirkung. Eisenriegler, 59, ausgebildeter AHS-Lehrer für Englisch und Geographie, führte den sozioökonomischen Betrieb mit einer Vermittlungsquote von 71 Prozent bis Ende 2007, dann wurde privatisiert: „Für das AMS üben wir zu hochschwellige Tätigkeiten aus, sozioökonomische Betriebe sollen niederschwellig gehalten werden. Andere sperren zu, wir haben privatisiert.“

Ursprünglich wurde das Reparatur Zentrum als Mitinitiator und Entwickler der Ö3 Wundertüte bekannt. Dabei wurden alte Handys gesammelt und entweder repariert oder deren Altmetalle verwer-

tet. Nun hat die Caritas entschieden, den Weg allein fortzusetzen. Für das R.U.S.Z. eine Enttäuschung, denn: „Die Finanzsituation macht es schwer, Rücklagen zu erwirtschaften. Besonders wenn Sonderzahlungen anstehen, können wir nicht ruhig schlafen“, berichtet Sepp Eisenriegler. Ideen, die Abhilfe schaffen können, hat der Projektleiter schon: „Wir könnten Generalreparaturen für größere Unternehmen sein. Firmen sind auch herzlich eingeladen, eine Patenschaft für einen Reparaturarbeitsplatz zu übernehmen.“

Der Betrieb „repariert Maschinen und Menschen“, weiß Sepp Eisenriegler. Das Schicksal Langzeitarbeitslosigkeit durch strukturelle Einsparungen in Firmen kennt er von vielen MitarbeiterInnen zur Genüge. Eisenrieglers Hoffnung: „Der dritte Sektor sollte die Sozialwirtschaft sein. Unternehmen, die den Profit nicht an die erste Stelle setzen und eine soziale Komponente leben.“ Das Reparatur und Service Zentrum hat übrigens auch Zuwachs bekommen: das ReparaturNetzwerk ([www.reparaturnetzwerk.at](http://www.reparaturnetzwerk.at)) und die TrashDesign-Manufaktur ([www.trashdesign.at](http://www.trashdesign.at)) gehören mit zur Familie. ■

### Info

Das Reparatur und Service Zentrum R.U.S.Z., Verein zur Förderung von Sozialwirtschaft, in Wien 14, Lützowgasse 12-14, repariert und verkauft gebrauchte Elektro- und Haushaltsgeräte.

Mehr dazu auf [www.rusz.at](http://www.rusz.at)  
Servicetelefon:  
**(01) 982 16 47 - 15**



Öffnungszeiten wie diese wird es auch weiterhin nur ausnahmsweise geben.

Wochenend- und Abendarbeit eine verbindliche Fünf-Tage-Woche eingeführt. Sonntagsarbeit bleibt freiwillig, doch wer sich dafür entscheidet, kann zehn Mal im Jahr ein verlängertes Wochenende in Anspruch nehmen.

### Vorbildhafte Betriebsvereinbarung

Teilzeitbeschäftigten wird der Zuschlag ab der ersten Mehrstunde und monatlich ausbezahlt und es gibt auch eine Lösung für Mütter und Väter: der Arbeitgeber übernimmt Kinderbetreuungskosten, die durch Nacht- oder Wochenendarbeit entstehen. Auch zusätzliche Fahrtkosten, die durch Dienste an Abenden und Wochenenden entstehen, werden von Spar übernommen. Aus all diesen Punkten ergeben sich verbindliche Rechtsansprüche, so Wolf. Er sieht die Vereinbarung daher auch als einen interessanten Pilot für andere solche Standorte.

„Die Betriebsvereinbarung bedeutet eine qualitative Sicherung gemeinsamer Wochenfreizeit für die betroffenen ArbeitnehmerInnen“, sagt GPA-djp-Vorsitzender Katzian. Sonntagsarbeit im Handel muss trotzdem die Ausnahme bleiben, betont Katzian.

Wolf würde sich freuen, wenn auch andere Ketten ähnliche Betriebsvereinbarungen für ihre bereits bestehenden Filialen an Bahnhöfen und Flughäfen beschließen. Als Beispiele nennt er etwa M-Plus am Innsbrucker Bahnhof, aber auch andere Spar-Filialen in Graz und am Flughafen Schwechat. ■

# Handel: Sonntagsarbeit muss Ausnahme bleiben

*Für die Beschäftigten einer Spar-Filiale am Salzburger Hauptbahnhof konnte die GPA-djp mit einer Betriebsvereinbarung die Arbeitsbedingungen entscheidend verbessern.*

Von Alexia Weiss

Die Supermarktkette Spar hat am Salzburger Hauptbahnhof eine Filiale mit 800 Quadratmetern Fläche errichtet – zehn Mal größer als vom Gesetzgeber für die Versorgung von Reisenden mit Proviant eigentlich vorgesehen ist. Das Land erteilte hier den noch eine Genehmigung über den Verordnungsweg. „Man hat die wirtschaftlichen Interessen einfach höher bewertet als die der Beschäftigten“, sagt

Manfred Wolf, Sekretär im GPA-Wirtschaftsbereich Handel.

Der Gewerkschaft ging es nun darum, die Arbeitsbedingungen der 175 MitarbeiterInnen an diesem Standort in einer Betriebsvereinbarung mit dem Arbeitgeber klar zu regeln. Die Verhandlungen

mit Spar seien konstruktiv verlaufen, betont Wolf. Er freut sich auch über das Erreichte: So wird als Ausgleich für die Belastung durch die

**Sonntagsarbeit bleibt  
freiwillig und wird  
entsprechend vergütet.**

## Broschüre: Migration und Integration im Blickfeld

Die GPA-djp setzt sich intensiv mit den Themen Migration und Integration auseinander.

Im Rahmen des Bundesforums im Herbst 2012 startete die GPA-djp einen ausführlichen internen Diskussionsprozess zum Thema Migration und Integration. Die vorliegende Broschüre greift Themen auf, die im Diskussionsprozess besonders wichtig erschienen, wie etwa die Anerkennung von im Ausland erworbenen Qualifikationen oder den Erwerb der deutschen Sprache. In der Broschüre enthalten sind zudem aktuelle Neuerungen der österreichischen Migrationspolitik, die Rot-Weiß-Rot-Karte und das Lohn- und Sozialdumpinggesetz sowie internationale Fallbeispiele und ein kurzer Überblick zum Thema Rassismus im Betrieb.



Die Broschüre ist ein wichtiger erster Schritt zu einer wirklich seriösen Auseinandersetzung mit dem Themenfeld Migration und Integration, die damit sicher nicht abgeschlossen ist. Das liegt nicht nur im Interesse zahlreicher Mitglieder mit Migrationshintergrund, sondern ist auch Teil des gesellschaftspolitischen Auftrags der Gewerkschaft.

Die Broschüre zum Download gibt es auf der Homepage der GPA-djp in der Rubrik Wirtschaft und Soziales/ Sozialpolitik oder Sie können sie per Mail bestellen: [service@gpa-djp.at](mailto:service@gpa-djp.at)

## Weblog der work@flex

Die Interessengemeinschaft für Menschen mit atypischen Beschäftigungen work@flex betreibt nun ein neues Weblog. Unter dem Titel „Fair statt prekär“ können sich freie DienstnehmerInnen und WerkvertragsnehmerInnen über ihre Arbeitssituation informieren und austauschen. Geboten werden Vernetzung und Beratung sowie aktuelle Veranstaltungen und Rechtstipps.

<http://workflex.gpa-djp.at/>



### Pause nicht vergessen!

**Mittagspause:** Wer länger als 6 Stunden arbeitet, hat Anspruch auf eine halbe Stunde Pause. Diese kann auch aufgeteilt werden (2 x 15 oder 3 x 10 Minuten). Das gilt auch für Teilzeitbeschäftigte an Tagen, an denen sie länger als 6 Stunden arbeiten.

Wann wer auf Pause gehen kann, hängt von den Vereinbarungen in einem Betrieb ab und kann nicht einfach einseitig festgelegt werden. Der Arbeitgeber muss diese Pause nicht bezahlen, er muss sie aber gewähren. Während der Pause darf man den Arbeitsplatz verlassen und muss auch nicht auf Abruf verfügbar sein.

Achtung:  
Pause!!!!

**Bildschirmpause:** Wer länger als zwei Stunden täglich Bildschirmarbeit macht, hat Anspruch auf 10 Minuten Pause nach jeweils 50 Minuten. Auch Tätigkeitswechsel, die die Belastung durch die Bildschirmarbeit ausgleichen, gelten wie Pausen. Bildschirmarbeitspausen müssen vom Arbeitgeber bezahlt werden. Sie sind, anders als Ruhepausen, Arbeitszeit.



© Foto: Claudio Farkasch / Plan: WBV-GPA

*Beispiel eines noch nicht ganz fertigen Reihenhauses in Mannswörth – das Reihenhausfeeling ist jedoch schon deutlich spürbar.*

# Wohnen im eigenen Haus

*Viele Menschen träumen davon in einem eigenen Haus zu wohnen. Dieser Traum könnte jetzt in Mannswörth/Schwechat, unweit der Wiener Stadtgrenze, erfüllt werden.*

Von Michael Gehbauer

**D**ie Wohnbauvereinigung für Privatangestellte (WBV-GPA) errichtet derzeit in Mannswörth/Schwechat, nahe bei Wien, eine Wohnhausanlage mit 63 Wohneinheiten, davon 12 Reihenhäuser.

Fast 50 Prozent der ÖsterreicherInnen wohnen in einem Eigenheim. Viele Menschen können sich aufgrund der hohen Kosten für Grund und Bau diesen Traum jedoch nicht erfüllen. Im geförderten Bereich werden überwiegend Wohnungen

und nur zu einem kleinen Teil Reihenhäuser errichtet, die zwar teurer als Wohnungen, jedoch immer noch günstiger als ein Eigenheim sind.

## Wohnen im Reihnhaus

Das Wohnen im Reihnhaus ist vor allem für Familien eine ideale Wohnform. Reihenhäuser sind meist so geplant, dass die Wohnräume auf mehreren Etagen liegen und die Häuser mit Eigengärten sowie Terrassen ausgestattet sind. So können

viele Wohnwünsche erfüllt werden. Das Wohnen mit Garten, eine eigene Terrasse, Wohnen mit Aussicht, getrennte Wohn- und Schlafbereiche, getrennte Eltern- und Kinderschlafzimmer etc.

Aber auch viele ältere Menschen erfüllen sich den Traum vom Reihnhaus. Wenn man sich in einer kleineren Wohnung beengt fühlt und vielleicht nicht mehr mitten in der Stadt leben möchte, dann ist das Wohnen im Reihnhaus oft eine ideale Veränderung.

## Reihenhäuser in Mannswörth

Die Reihenhäuser in Mannswörth liegen in Doppelhauszeilen. Sie verfügen über eine Wohnnutzfläche von 120-125 m<sup>2</sup> auf insgesamt 3 Wohnebenen. Im Erdgeschoss befinden sich der Eingangsbereich mit Vorraum, WC und eine komfortable Wohnküche. Dieser vorgelagert ist eine befestigte Terrasse mit ca. 14 m<sup>2</sup> und einem Eigengartenanteil von rund 40 m<sup>2</sup>. Im ersten Obergeschoss sind zwei Zimmer und das Bad situiert. Je nach Wohnbedürfnis könnten dort Kinderzimmer, Arbeitszimmer oder Elternschlafzimmer angeordnet werden. Im zweiten Obergeschoss liegt dann ein geräumiges Zimmer mit direktem Zugang zu einer Dachterrasse mit ca. 23 m<sup>2</sup>, das für verschiedenste Zwecke geeignet ist.

## Finanzierung

Die Reihenhäuser in Mannswörth sind mit einer Kaufoption nach 10

Jahren ausgestattet. Der vorläufig kalkulierte Bau- und Grundkostenbeitrag dieser im Rahmen des NÖWFG (Niederösterreichischen Wohnungsförderungsgesetz) geförderten Objekte beträgt ca. € 46.500,-. Die Gesamtmiete inkl. Betriebskosten und Umsatzsteuer beträgt ca. € 949,-. Die Betriebskosten für den mitvermieteten Pkw-Abstellplatz betragen € 17,34, ein zusätzlicher Abstellplatz kostet € 34,81 inkl. USt.

## Grundausstattung

Die Wohnungen verfügen über eine zeitgemäße und hochwertige Grundausstattung. Sie sind belagsfertig, sämtliche Bäder und WCs sind bereits mit Sanitärgegenständen ausgestattet.

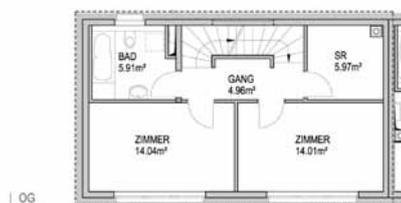
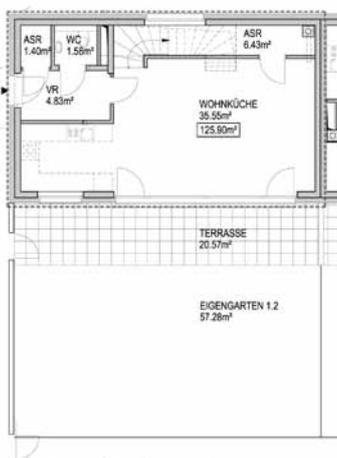
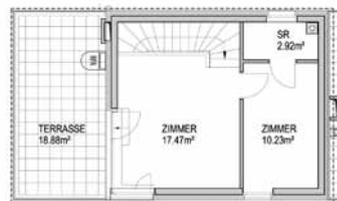
## Einkommengrenzen & Fertigstellung

Bei der Vermietung sind folgende Einkommengrenzen zu beach-

ten: Höchstgrenze für 2 Personen: € 48.000,- netto, 3 Personen: € 55.000,- netto, pro weiterer Person + € 7.000,-. Mit der Fertigstellung ist Ende 2012 zu rechnen.

Informationen und Termine für Besichtigungen erhalten sie beim WBV-GPA Wohnservice. ■

Wohnnutzfläche:	125,90 m <sup>2</sup>
davon Loggia:	-
Terrasse:	39,45 m <sup>2</sup>
Garten:	57,28 m <sup>2</sup> TG



## FREIE WOHNUNGEN

### Bestehende Objekte:

2640 Gloggnitz, 1-Zimmer Wohnungen mit ca. 35 m<sup>2</sup> frei

8605 Kapfenberg, 3-Zimmer Wohnungen mit ca. 67 m<sup>2</sup> frei

8761 Pöls, Andreas Reingasse 10-18/Burgogasse 12-16, 2-5-Zimmerwohnungen frei

### Geschäftslokale/Büro:

8605 Kapfenberg, Wienerstraße 56-58, Geschäft ca. 130 m<sup>2</sup>

## Wohnungsberatung

Wohnbauvereinigung für Privatangestellte  
WBV-GPA Wohnungsservice  
Gassenlokal

1010 Wien  
Werdertorgasse 9  
Tel.: (01) 533 34 14

Internet: [www.wbv-gpa.at](http://www.wbv-gpa.at)  
E-Mail: [wohnungsservice@wbv-gpa.at](mailto:wohnungsservice@wbv-gpa.at)



© Mahey - Fotolia.com

# Urlaub mit der CARD

*Erleben Sie erholsame Urlaubstage im In- und Ausland zu Vorteilspreisen mit Ihrer GPA-djp CARD.*

© Stubenberghaus



## Stubenberghaus

Genießen Sie ein Stückchen Freiheit hoch über der steirischen Landeshauptstadt am Grazer Hausberg, dem Schöckl.

Seit 1889 ist das Stubenberghaus bei Wanderern, Naturliebhabern und Ruhesuchenden ein beliebter Treffpunkt, um in heimeliger Atmosphäre von den Strapazen des Alltags Abstand zu nehmen.

Mit der CARD:  
15 % Rabatt auf die Zimmerpreise  
Konsumation lt. Speisekarte  
Familienfeiern in den gemütlichen Stuben

Stubenberghaus  
Am Schöckl 73  
8061 St. Radegund  
0664/417 92 44  
www.stubenberghaus.at

© Hotel Vital



## Hotel Vital \*\*\*

Im liebevoll geführten Familienhotel im Thermalhochtal Bad Bleiberg werden Sie sich so richtig wohlfühlen.

Package Goldene Herbsttage:  
3 Übernachtungen mit Verwöhn-Halbpension  
1 x Eintritt in die Therme Bad Bleiberg  
1 x Infrarotkabine mit Lichttherapie  
1 x Entspannungs-Rückenmassage  
Sauna lt. Aushang

Für GPA-djp Mitglieder  
statt € 158,- um nur € 125,-  
Angebot gültig bis 16.12.2012

Hotel VITAL  
Drei Lärchen 142  
9530 Bad Bleiberg  
04244/2323  
www.hotel-vital.at

© Hüttendorf Präbichl



## Hüttendorf Präbichl

Moderne Selbstversorgerhütten für je 5-7 Personen.

Packages für GPA-djp Mitglieder

„Wandern & Relaxen“  
7 Tage Hüttenurlaub  
Bergfahrt mit dem Polster-Einersessellift  
1 x Proviant für den Wanderrucksack  
Trinkflasche und Wanderkarte  
Package Preis für bis zu 6 Personen nur € 479,00

3 oder 4 Tage Hüttenurlaub  
(Do-So/So-Do)  
Hüttenpreis nur € 219,00  
(gültig bis 29.11.2012)

Hüttendorf Präbichl  
Alte Poststraße 3-12,  
8794 Vordernberg  
Tel.: 0664/512 46 46  
www.huettendorf-praebichl.at

© Kempinski Hotel River Park



### Kempinski Hotel River Park Bratislava

Exklusives Wochenend-Spezial für GPA-djp Mitglieder in Bratislava

Eine Übernachtung im Hillview-Zimmer  
Zugang in den 1500 m<sup>2</sup> Top Floor Zion Spa & Healthclub, Full Buffet Frühstück im Restaurant River Bank Rolls Royce Transfer in die Altstadt (nach Verfügbarkeit)  
Kostenloser Wi-Fi Internet Zugang im gesamten Haus

€ 129,- für 1 Übern./EZ  
€ 149,- für 1 Übern./DZ  
Gültig bis 23.12.2012, buchbar zwischen Freitag und Sonntag

Information und Buchung:  
Franz Vtelensky  
Tel. 0664/ 6258308,  
vienna@brokertravel.at

© Villa Vita Pannonia



### VILA VITA Pannonia \*\*\*\*

Package „Herbstgenuss“ für GPA-djp Mitglieder -15%

2 Übernachtungen inkl. reichhaltigem Frühstück  
1 x Surprise-Menü im Gourmet-Restaurant VITATELLA (Köstlichkeiten von Gans und Ente, saisonale Desserts und dazu edle Weine aus der Region und Mineralwasser)  
1 x Halbpension im Buffet-Restaurant VITAVESTA  
Kostenlose Nutzung vom Wellness- & Saunapark

€ 195,50 statt € 230,- p.P./DZ  
€ 222,70 statt € 262,- p.P./EZ  
Buchbar bis 25.11.2012

VILA VITA Pannonia\*\*\*\*  
Storchengasse 1, 7152 Pamhagen  
Tel: 02175-2180-0  
www.vilavitahotels.com

© Holiday Beach Budapest



### HOLIDAY BEACH BUDAPEST\*\*\*\*

In Budapest erwartet das mehrfach ausgezeichnete Hotel seine Gäste.

Package für GPA-djp Mitglieder  
2 Übernachtungen im DZ mit Frühstück  
3-gängiges Abendessen am ersten Abend  
Holiday Beach Fitnessbereich und Sauna  
20-min. Massage  
Stadtrundfahrt mit dem Bus  
Parkplatzbenutzung gratis

Nur € 99,- pro Person  
EZ-Aufschlag: € 40,-  
Gültig bis 30. April 2013

HOLIDAY BEACH BUDAPEST\*\*\*\*  
1039 Budapest, Piroska utca 3-5  
+36-1-436-7160  
www.holidaybeach.hu

### Nähere Infos

zu diesen und vielen anderen CARD-Vorteilsangeboten finden Sie unter: [www.gpa-djp.at/card](http://www.gpa-djp.at/card). Hier können Sie auch den CARD-Newsletter abonnieren und erhalten monatlich per E-Mail aktuelle CARD-Infos.

Steht Ihnen kein Internetzugang zur Verfügung, senden wir Ihnen gerne die CARD-Broschüre zu. Bestellungen: Tel.: 05 03 01-301, E-Mail: [service@gpa-djp.at](mailto:service@gpa-djp.at)



© Fotowerk - Fotolia.com



# Gewinnspiele und Ermäßigungen

Alle markierten Produkte können Sie gewinnen!

Senden Sie dazu eine Postkarte an die Redaktion KOMPETENZ, 1034 Wien, Alfred-Dallinger-Platz 1

Kennwort: Name der jeweiligen Veranstaltung bzw. online: [www.gpa-djp.at/gewinnspiel](http://www.gpa-djp.at/gewinnspiel)

**Einsendeschluss: 18. Oktober 2012.** Keine Barablösung. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.



© Helen von Pipifax

**Gewinnen Sie  
3 x 2  
Karten  
für 25.10.12**

11. Okt. bis 13. Dez. 2012

**Oma macht Faxen**  
Kabarett Niedermaier

Mit Humor, lustigen Reimen und Liedern erzählt Helen von Pipifax in ihrem Stück für Kinder nach bekannt komischer Pipifaxmanier von ganz verschiedenen Omas.

Infos: [www.niedermaier.at](http://www.niedermaier.at)  
Karten: 01 / 408 44 92  
Mit der CARD auch am Spieltag Vorverkaufsermäßigung!



© Konzerbüro Hans Söllner

15. bis 18. Oktober 2012

**Hans Söllner solo-Tour 2012**  
Versch. Veranstaltungsorte

Erleben Sie den bayerischen Rebellen live in der Steiermark: am 15.10. in Voitsberg, am 16.10. in Krieglach, am 17.10. in Judenburg, und am 18.10. in Leoben.

Ermäßigte Karten:  
Tel. 0676 / 5580 600 oder  
[office@styria-concerts.at](mailto:office@styria-concerts.at)  
Mit der CARD: € 25,- statt 32,-



© Doris Kithler

16. Okt. bis 10. Nov. 2012

**SALAM.ORIENT 2012**  
Versch. Veranstaltungsorte

Auf dem Programm stehen insgesamt 26 Einzelveranstaltungen in Wien und Graz, von Konzerten, Tanz und Theater heimischer und internationaler MusikerInnen über Diskursveranstaltungen bis hin zum Workshop-Programm für Kinder und Jugendliche.

Infos: [www.salam-orient.at](http://www.salam-orient.at)

**Gewinnen Sie  
2 x 2  
Karten  
für 26.10.12**



© Hoanzl

8. + 9. November 2012

**Oliver Pocher**  
Leoben und Weiz

Im Programm „Oliver Pocher – Live“. erzählt der Comedian offen und ehrlich die Wahrheit übers Fernsehen, Babys, Männer, Frauen und alles, was ihm in den letzten Jahren widerfahren ist.

Karten: 0676 / 5580 600  
oder [office@styria-concerts.at](mailto:office@styria-concerts.at)  
Mit der CARD: € 34,- statt 42,-

**Gewinnen Sie  
2 x 2  
Karten  
für 8.11.12**



© Roland Talasz

9. Nov. – 9. Dez. 2012

**Voice Mania 2012**  
Versch. Veranstaltungsorte

Aus Anlass des 15-Jahr-Jubiläums steht das Programm heuer unter dem Motto „Stimmkunst at its best!“. 35 Gruppen und SolistInnen aus 16 Ländern lassen ihre Stimmbänder feierlich schwingen.  
Infos: [www.voicemania.at](http://www.voicemania.at)

Karten: 01 / 526 13 85  
€ 1,50 CARD-Ermäßigung

**Gewinnen Sie  
1 x 2  
Karten  
für 11.+13.11.12**



© Inge Prader

Bis 5. Dezember 2012

**Männer und andere Irrtümer**  
Stadtheater Walfischgasse

Ein fulminantes Solo für eine Frau mit CHRIS LOHNER in einem hinreißenden Frauenstück, über das auch Männer lachen können, sofern sie über Selbstironie, Humor und Selbsterkenntnis verfügen.  
Info: [www.stadtheater.org](http://www.stadtheater.org)

Karten: 01 / 512 42 00  
10 % CARD-Ermäßigung

**Gewinnen Sie  
2 x 2  
Karten  
für 14.11.12**

**Carsten Frerk, Christoph Baumgarten: Gottes Werk und unser Beitrag. Kirchenfinanzierung in Österreich.**

Czernin Verlag, 2012. € 24,90

Die Infrastruktur der christlichen Kirchen in Österreich wird zu drei Viertel durch den Staat finanziert. Zu diesem Ergebnis kommen Vertreter des „Volksbegehrens gegen Kirchenprivilegien“ in ihren umfangreichen Recherchen zum Thema Kirchenfinanzierung. Verpackt haben sie alle Fakten, die sie eruieren konnten, in das Buch „Gottes Werk und unser Beitrag“. Die Interessenslage der Verfasser dieses Kompendiums ist von der ersten Seite an klar und wird offen deklariert. Daher stört auch der durchgängig leicht polemisierend-kommentierende Grundton des Buches nicht. Wer zu dem Titel greift, ist wohl selbst kirchenkritisch eingestellt.

Kurz zusammengefasst: Jedes Kirchenmitglied finanziert seine Kirche nicht nur mit seinem Beitrag, der Kirchensteuer, sondern auch mit jenen Steuern, die es an den Staat abliefern. Denn von diesem ergehen weitere substantielle Beträge aus den verschiedensten Titeln – z.B. Gesundheit (Ordensspitäler), Bildung (konfessionelle Privatschulen) – an die Kirchen. Was hier auffällt: Damit finanzieren eben nicht nur die Mitglieder einer Religionsgemeinschaft diese, sondern alle SteuerzahlerInnen.

Transparent machen die Autoren auch die enge Verquickung von Staat und Kirche, die auf dem Konkordat aus dem Jahr 1933 basiert. Das System der Kirchensteuer haben in Österreich übrigens die Nationalsozialisten 1939 mit dem



Kirchenbeitragsgesetz eingeführt. Sie schafften damit die bis dahin seit der Zeit Kaiser Josephs II. getätigten Zahlungen aus dem Religionsfonds ab. Interessant ist hier, dass 1960 in einem Vertrag die Zahlung von jährlich 3,6 Millionen

Euro (wertgesichert) festgelegt wurde – als „Entschädigung für die in der nationalsozialistischen Zeit entzogenen Vermögen und Rechte“. Obwohl bei der Kirche also schlicht die Art der Finanzierung geändert wurde, erhielt sie zu einer Zeit, als Österreich sich noch als Opfer präsentierte, bereits NS-Entschädigung. Zitat der Autoren: „Die wahren Opfer der NS-Verfolgung hatten weitere 40 Jahre auf die Errichtung des Nationalfonds warten müssen, um schließlich ‚Peanuts‘ zu bekommen.“

Alexia Weiss

**Robert Misik: Halbe Freiheit - Warum Freiheit und Gleichheit zusammengehören.**

edition suhrkamp digital. € 6,20, e-book € 4,99

In Deutschland führte Joachim Gauck im Frühjahr 2012 mit seinem Bändchen „Freiheit“ wochenlang die Bestsellerliste an. Und ganz allgemein schreiben sich immer mehr konservative und neo-liberale Politiker und Publizisten den Wert der Freiheit auf ihre Fahnen. Unbeantwortet



bleibt dabei meist die Frage, was damit gemeint ist und wodurch unsere Freiheit heute in den Industrieländern überhaupt bedroht wird. Durch autoritäre Regime? Zensurbehörden? Wird hier nicht gegen „abgenudelte Gespenster von gestern“ gekämpft? Ist es nicht viel mehr so, dass die entscheidenden Freiheiten und Rechte im Zuge der letzten 150 Jahre gerade von Progressiven und Linken gegen konservativen Widerstand erstritten wurden? Warum hat sich die Linke diesen Begriff klauen lassen?

Robert Misik setzt sich pointiert mit dem halbierten, auf die Sphäre der Ökonomie reduzierte, liberal-konservativen Freiheitsbegriff auseinander und plädiert für eine neue, progressive Freiheitsbewegung, die sich in einer verunsicherten Gesellschaft für die Freiheit von Angst einsetzt und dafür, dass alle Menschen die Möglichkeit haben, sich selbst zu verwirklichen: „Freiheit ohne Freiheit von Angst ist halbe Freiheit. Freiheit ohne die Möglichkeit, sie auch zu leben, ist halbe Freiheit.“

Die vorgestellten Bücher sind über den Verlag des Österreichischen Gewerkschaftsbundes GmbH, 1010 Wien, Rathausstraße 21, Tel.: 01/405 49 98-132, Fax: 01/405 49 98-136, oder per E-Mail: fachbuchhandlung@oegbverlag.at erhältlich.

**LE MONDE** *diplomatique*

# **ATLAS** *der* **GLOBALISIERUNG**

*Die Welt von morgen*



**Der neue Atlas der Globalisierung erscheint  
am 13. November. Jetzt vorbestellen!**

## **Das Navigationssystem für die Zukunft**

Wer bekommt die Seltenen Erden aus China? Mit wem verbünden sich die aufstrebenden Mächte des Südens? Was machen die Neonazis in Europa? Welche Folgen hat der Landraub für Afrika? Wie verändert der Drogenkrieg die Machtverhältnisse in Mittelamerika? Wann kommt der Happy Planet Index für das gute Leben? Antworten auf diese und alle anderen wichtigen Fragen von morgen gibt der neue *Atlas der Globalisierung*.

14 €,  
broschiert, 178 Seiten,  
über 150 Karten und Infografiken,  
ISBN 978-3-937683-38-6



.....  
[www.monde-diplomatique.de](http://www.monde-diplomatique.de)